Gauck gegen Merkel – Schön unangenehm

Auch wenn es der Kanzlerin nicht passt:
Die Debatte um die deutsche Rolle macht die Politik wieder spannend

Von Matthias Geis

Diese Intervention ist eine Herausforderung. Genau in dem Moment, in dem Angela Merkel und die große Koalition die Befürchtung wecken, nun werde die politische Auseinandersetzung vollends erlahmen, hat der Bundespräsident einen starken Kontrapunkt gesetzt. Mit einer klugen und fordernden Rede zum Missverhältnis von ökonomischer Macht und internationaler Verantwortung Deutschlands eröffnet er eine brisante Debatte. Er tut dies ohne Rücksicht auf die öffentliche Stimmungslage. Und er tut es ohne Rücksicht auf die Kanzlerin, die weder große Reden hält noch eine Politik verfolgt, in der globaler ökonomischer Erfolg zwangsläufig auch wachsende globale Verpflichtung bedeutet.

Wenn ein Bundespräsident sich in dieser Weise rhetorisch und politisch exponiert, wirft er ein Schlaglicht auf das Kanzleramt. Der Präsident, der sein Amt ausfüllt, demonstriert, was die Kanzlerin gerade verpasst.

Das letzte Mal, dass Angela Merkel von sich reden machte, war ihr triumphaler Wahlsieg im Herbst. Seither scheint die Inhaberin der Richtlinienkompetenz abgetaucht zu sein. Prägekraft hat sie allenfalls defensiv entfaltet, indem sie ihrem Koalitionspartner das eine oder andere Lieblingsprojekt verwehrte. Darüber hinaus ist keine Richtung, keine Orientierung, kein politischer Impuls erkennbar geworden. Merkel steht im Zenit ihrer Macht und wirkt doch seltsam teilnahmslos. Dass sie in den letzten Jahren vor allem als Krisenmanagerin beansprucht war, legt nun, da die Krise nicht mehr dominierend ist, ihre konzeptionelle Schwäche offen.

Einen so unangenehmen Moment hat es für Merkel lange nicht gegeben

Das ist nicht nur eine Momentaufnahme. Vielmehr zeigt sich im Kontrast zwischen ihrer enormen Machtstellung und ihrem defizitären Gestaltungswillen nur besonders krass, wie sich Angela Merkel in den acht Jahren im Kanzleramt verändert hat. Als sie dort einzog, war sie eine Politikerin, die weder mit der klaren Analyse künftiger Herausforderungen noch mit ihren schonungslosen reformpolitischen Antworten hinterm Berg hielt.

Damals war sie, um es plakativ zu sagen, außenpolitisch eine Interventionistin und innenpolitisch eine marktliberale Reformerin. Auf beiden Feldern hat sich Merkel seither in die entgegengesetzte Richtung entwickelt. Und sie hat dabei deutlich weniger Anstrengungen unternommen als ihre rot-grünen Vorgänger.

Reformpolitisch hat Merkel ihre Ambitionen eingestellt, sie gelten nur noch für die weniger potenten Partner in der EU. Und außenpolitisch hat sie, in enger Kooperation mit ihrem früheren Außenminister Guido Westerwelle, die Politik der Zurückhaltung zur Staatsräson erhoben.

Politische Kursveränderungen sind legitim, manchmal zwingend. Über sie muss gestritten werden. Doch an nichts ist Angela Merkel weniger interessiert als an politischer Auseinandersetzung.

Den Verlust an außenpolitischer wie reformpolitischer Intensität hat sie niemals öffentlich begründet. Ihr früheres Gespür für politische Herausforderungen hat sie gegen den ausgeprägten Sinn für Stimmungslagen eingetauscht. Auf eine staunenswerte Weise ist sie heute bereit, den politikfernen Erwartungen in der deutschen Öffendichkeit entgegenzukommen. So gipfelte ihre Regierungserklärung im Bundestag, drei Tage vor Gaucks Rede, in dem Bekenntnis, sie selbst lasse sich von dem Anspruch leiten, »Politik für den Menschen« zu machen. Solche Plattitüden unterlaufen jede politische Auseinandersetzung. Weil Merkel spürt, wie wenig sich die Deutschen für die politische Debatte begeistern, zeigt sie sich immer ungenierter in der Rolle einer Landesmutter, die das Volk von den Zumutungen der Politik zu entlasten verspricht.

Was ihre Politik ausmacht, gegen welche Widerstände sie angeht, in welche Richtung sie will' und was das der deutschen Gesellschaft abverlangt? - Die Leute wollen es nicht so genau wissen, und sie bekommen es deshalb auch nicht mehr genau gesagt. »Sie kennen mich«, das ist die Merkel'sche Kurzformel, mit der sie ihren Politikstil einschmiegsamer Verschleierung auf den Punkt gebracht hat. Machtpolitisch hat ihr das nicht geschadet.

Auf diesen Befund konnte man bislang nur fatalistisch blicken. Doch nun entzündet sich plötzlich an Merkel vorbei eine relevante Debatte. Gauck hat darin bislang den glänzendsten Part gespielt. Aber für die Entwicklung vielleicht noch bemerkenswerter ist es, dass zeitgleich aus dem Kabinett heraus Kurskorrekturen initiiert werden. Im Gleichklang mit dem Präsidenten haben auch Außenminister Steinmeier und die neue Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen eine Debatte über das außenpolitische Selbstverständnis der Republik angestoßen. Das erinnert daran, dass ohne solche Debatten in Demokratien weder Raum noch Druck entsteht für kreative politische Veränderung.

In das Vakuum, das der erklärungsfreie Politikmodus der Kanzlerin erzeugt hat, schießt plötzlich argumentative Energie. Sie kommt nicht nur aus dem sozialdemokratischen Teil der Koalition, sondern auch aus Merkels eigener Partei. Das ist noch keine Machtprobe. Aber plötzlich zeigt sich: Die Tendenz zur Entpolitisierung, die mit Merkels Erfolgsgeschichte einhergeht, ist weder zwangsläufig noch unwidersprochen.

Einen besseren Moment für die Republik, einen unangenehmeren für die Kanzlerin hat es lange nicht gegeben.

Die Zeit vom 06.02.2014